

Präsidentenwahl 2012 in Südkorea

Sieg der konservativen Kräfte – Park Geun-Hye erste weibliche Präsidentin

Christoph Pohlmann Dezember 2012

- Die konservative Kandidatin Frau Park Geun-Hye hat die Präsidentenwahl am 19. Dezember 2012 in Südkorea gewonnen. Sie setzte sich mit 51,6 Prozent klar gegen den liberaldemokratischen Gegenkandidaten Moon Jae-In durch (48,0 Prozent). Damit hat die konservative Regierungspartei in diesem Jahr sowohl die Parlaments- als auch die Präsidentenwahl gewonnen.
- Die Wahl wurde von innenpolitischen Themen dominiert. Vor allem die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales standen im Mittelpunkt. Nordkorea spielte dagegen nur eine untergeordnete Rolle für die Wahlentscheidung. Frau Park hat es geschafft, sich als verlässliche Kandidatin für eine berechenbare Politik zu präsentieren. Moon Jae-In verfügte zwar über ein konkreteres und ambitionierteres Wahlprogramm, konnte dieses aber nicht in einer übergeordneten Botschaft vermitteln. Außerdem ist es der Opposition nicht gelungen, den zwischenzeitlichen unabhängigen Kandidaten Ahn Cheol-Soo wirksam einzubinden.
- Die südkoreanische Regierungspolitik dürfte durch die Wahl von Frau Park durch Kontinuität geprägt sein. Allenfalls gegenüber Nordkorea ist eine graduelle Abkehr von der Politik ihres Amtsvorgängers Lee Myung-Bak zu erwarten. Die liberaldemokratische Opposition muss sich dagegen programmatisch, personell und inhaltlich neu aufstellen. Ahn Cheol-Soo könnte zukünftig eine noch bedeutendere Rolle in der südkoreanischen Innenpolitik spielen.

1. Wahlergebnis: Klares Ergebnis, gespaltene Bevölkerung

Südkorea wird in Zukunft erstmals von einer Frau als Staatspräsidentin regiert: Park Geun-Hye (60), die Kandidatin der konservativen Regierungspartei *New Frontier Party* (NFP, Neue-Welt-Partei, *Saenuridang*) hat die Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2012 gewonnen. 51,6 Prozent der Wähler haben sich für Frau Park entschieden, sie hat damit den Kandidaten der liberaldemokratischen Oppositionspartei *Democratic United Party* (DUP, Demokratische Einheitspartei, *Minjudonghapdang*), Herrn Moon Jae-In (59), deutlich geschlagen. Für Moon, einen ehemaligen Menschenrechtsanwalt und Stabschef des früheren Präsidenten Roh Moo-Hyun, stimmten 48,0 Prozent. Die Wahlbeteiligung war mit 75,8 Prozent die höchste seit zehn Jahren. Damit hat eine Mehrheit der Wahlberechtigten im 25. Jubiläumsjahr der Demokratisierung Südkoreas die Tochter des umstrittenen Militärdiktators Park Chung-Hee in freien und demokratischen Wahlen zur Präsidentin gewählt. Die ist der zweite Wahlerfolg der NFP in diesem Jahr, nachdem sie unter Führung von Frau Park bereits im April die Parlamentswahlen gewonnen hatte.¹

Wahlergebnis:	PARK Geun-hye	51,6%
	MOON Jae-in	48,0%
Differenz:	1.080.496 (3,6%)	
Wahlbeteiligung:	75,8 %	
Wahlberechtigte:	40.507.842	
Wahlbeteiligte:	30.723.431	

Die hohe Wahlbeteiligung verdeutlicht, dass sowohl das konservative als auch das liberaldemokratisch-progressive Lager ihre Wähler gut mobilisieren konnten. Dazu hat auch die Fokussierung auf nur zwei ernstzunehmende Präsidentschaftskandidaten beigetragen. Allerdings galt dieses Mal die Formel nicht, dass eine derart hohe Wahlbeteiligung primär liberaldemokratischen Kandidaten nutzt, weil Park Geun-Hye offensichtlich besonders viele ältere, ihrem Vater verbundene konservativ geneigte Wähler für sich gewinnen konnte.

Ansonsten zeigte das Wahlverhalten ein für Südkorea gewohntes Muster bzgl. Altersgruppen und Regionalismus: Wähler in den Altersgruppen 20-50 wählten mehrheitlich Moon, während ältere Wähler mit großer Mehrheit für Park Geun-Hye stimmten. Dabei kam Frau Park die zunehmende Alterung der koreanischen Gesellschaft entgegen. Frau Park dominierte darüber hinaus den ländlichen Raum, vor allem in ihrer sehr konservativen Heimatregion Gyeongsang im Südosten des Landes, während Moon Jae-in in der Hauptstadtregion und in der angrenzenden Gyeonggi-Provinz sowie in der traditionell gegen die Konservativen ausgerichteten Cheolla-Provinz von einer Mehrheit der Wähler unterstützt wurde.

Die Präsidentschaftswahl macht wie auch schon die Parlamentswahlen im April 2012 die Spaltung der koreanischen Gesellschaft in Konservative und liberal-progressive Wähler sichtbar. Entscheidend für den Wahlsieg von Park Geun-Hye war, dass sie es besser als Moon Jae-in geschafft hat, neben ihren Stammwählern auch unentschiedene Wähler vor allem in den Alterskohorten der 40er und 50er zu mobilisieren.

¹ Vgl. Christoph Pohlmann, (Noch) kein Politikwechsel in Südkorea: Knapper Wahlsieg für Regierungspartei bei Parlamentswahlen, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, April 2012

2. Kurzporträt Park Geun-Hye: Von der „First Lady“ zur Präsidentin Südkoreas

Die neue Präsidentin Südkoreas ist für die koreanische Bevölkerung eine alte Bekannte und etablierte politische Figur: Geboren 1952 in Daegu, wuchs sie ab 1961 nach dem von ihrem Vater Park Chung-Hee angeführten Militärputsch im Präsidentenpalast, dem so genannten „Blue House“ auf. Sie studierte Elektroingenieurwesen an der Sogang-Universität in Seoul. 1974 erfuhr ihr Leben einen ersten großen Einschnitt mit der Ermordung ihrer Mutter durch einen pro-nordkoreanischen Aktivist. Fortan unterstützte sie ihren Vater als de-facto „First Lady“ bei wichtigen protokollarischen Angelegenheiten. Als solche ist sie gerade älteren Koreanern in bleibender Erinnerung geblieben. 1979 wurde ihr Vater von seinem Geheimdienstchef erschossen, ein Ereignis, das Park sehr prägen sollte. Sie zog sich daraufhin aus der Öffentlichkeit zurück und kümmerte sich um mehrere Stiftungen, die das Erbe ihres Vaters verwalteten und pflegten. Privat blieb sie unverheiratet und kinderlos, was zu ihrer Wahrnehmung als ihren Eltern in altkonfuzianischer Tradition verpflichtete gute Tochter beitrug.

Im Zuge der Asienkrise 1997/98 kehrte Frau Park in die Politik zurück und schloss sich der Vorläuferpartei der heutigen konservativen Regierungspartei an. Sie stieg schnell in der Partei auf und führte sie als Parteivorsitzende in den Jahren 2004 und 2012 zu Wahlerfolgen bei schon verloren geglaubten Parlamentswahlen. Nichtsdestotrotz scheiterte ihr erster Anlauf zur Präsidentschaft im Jahr 2007, als sie die parteiinterne Vorwahl gegen den heutigen Staatspräsidenten Lee Myung-bak verlor.

Außenpolitisch fiel sie auf, als sie im Jahr 2002 eine Einladung des damaligen nordkoreanischen Diktators Kim Jong-Il nach Pjöngjang annahm und sich mit ihm zu Gesprächen traf. Dies wurde angesichts der starken antikommunistischen Haltung ihres Vaters, ihrer Familiengeschichte und der Ablehnung ihrer Partei gegenüber der damals praktizierten „Sonnenscheinpolitik“ als außergewöhnlich interpretiert. Frau Park pflegt traditionell gute Beziehungen zu führenden Politikern in den USA, außerdem hat sie eine persönliche Verbindung zu Bundeskanzlerin Merkel aufgebaut.

Trotz ihrer unbestreitbaren politischen Erfolge und großen Zahl von Anhängern ist Frau Park die wohl umstrittenste Politikerin Koreas. Kritiker aus dem liberal-progressiven Spektrum werfen ihr vor, dass sie sich nie ausreichend von den massiven Menschenrechtsverletzungen während der Regierungszeit ihres diktatorisch agierenden Vaters sowie dem undemokratischen Charakter seines Regimes distanziert habe. Auch von Gegnern aus dem konservativen Lager wird ihr vorgehalten, dass sie einen einsamen, intransparenten und unzugänglichen Führungsstil habe. Dennoch profitiert Frau Park von der nach wie vor gerade bei älteren Menschen vorherrschenden Popularität ihres Vaters Park Chung-Hee, der vielen als Hauptinitiator und visionärer Wegbereiter des beeindruckenden koreanischen Wirtschaftswunders seit Ende der 1960er Jahre gilt.

3. Zentrale Themen und Ablauf des Wahlkampfes

Innenpolitische Themen dominieren den Wahlkampf

Die Präsidentschaftswahl wurde klar von innenpolitischen Themen dominiert. Weder die allgemeine Außenpolitik noch Nordkorea spielten eine bedeutende Rolle. Auch der Raketentest Nordkoreas vom 12. Dezember 2012 dürfte kaum Auswirkungen auf das Wahlergebnis gehabt haben. Vielmehr waren die wichtigsten Themen – wie auch schon bei den Parlamentswahlen im April 2012 – die Bereiche Wirtschaft, Arbeit und Soziales. Dies ist kein Wunder angesichts der sich verschlechternden sozioökonomischen Entwicklung für einen Großteil der südkoreanischen Bevölkerung: Ursache hierfür ist zum einen der steigende Grad der Prekarisierung und sozialen Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen, maßgeblich ausgelöst durch die neoliberalen Reformen seit der Asienkrise 1997/98. Hinzu kommt, dass die jüngeren Generationen unter 50 nicht mehr länger bereit sind, ihr gesamtes Leben in den Dienst der koreanischen Wirtschaft – vor allem der Großunternehmen zu stellen – zumal die breite Masse der Bevölkerung immer weniger vom nach wie vor stetigen Wirtschaftswachstum profitiert. So fordert ein immer größerer Teil der Bevölkerung ein höheres Maß an sozialer Absicherung, das aktuell unter dem OECD-Durchschnitt

liegt und deutlich hinter westeuropäischen Niveau zurück bleibt. Die hohen privaten Bildungsausgaben – die Studiengebühren sind beispielsweise die zweithöchsten im OECD-Raum nach den USA bei viel geringerem Pro-Kopf-Einkommen – tun ein Übriges, zumal Bildungserfolg längst nicht mehr automatisch zu einem abgesicherten Arbeitsverhältnis führt. Gerade junge Frauen leiden darüber hinaus unter mangelnder Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch völlig unzureichende Kinderbetreuungsangebote, und immer mehr gerade jüngere Menschen sind nicht mehr bereit, sich mit den starren gesellschaftlichen Normen des Zusammenlebens abzufinden. Krisensymptome sind die sehr niedrige Geburtenrate von 1,2 Kindern pro Frau, die gleichzeitig hohe Suizidrate sowie regelmäßig schlechte Werte bei globalen „Happiness“-Indizes.

Wie bei den Präsidentschaftswahlen im April standen deshalb die Themen wirtschaftliche Demokratisierung, Ausbau des Wohlfahrtsstaats, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Erhöhung der Zahl der regulären Arbeitsverhältnisse im Mittelpunkt der inhaltlichen Auseinandersetzung. Gerade das Thema „wirtschaftliche Demokratisierung“ entwickelte sich zum Hauptthema. Hierunter versteht man in Korea nicht etwa vor allem Mitbestimmung oder allgemein die Beteiligung von Arbeitnehmern an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen, sondern insbesondere eine Einhegung der Dominanz der Großkonglomerate (*chaebol*) wie Samsung, Hyundai und LG. Ihre Dominanz des Wirtschaftsgeschehens hat seit der Asienkrise und vor allem unter der Regierungszeit von Lee Myung-Bak deutlich zugenommen, so dass Kleine und Mittlere Unternehmen große Wettbewerbsnachteile haben. Der liberaldemokratische Kandidat Moon Jae-In hat sich für vergleichsweise weitreichende Regulierungen der *chaebol* eingesetzt, während Frau Park zwar auch für wirtschaftliche Demokratisierung eintritt, aber sich nur für graduelle Reformen bei zu exzessiver Ausnutzung der Marktposition einsetzt, strukturelle Reformen am koreanischen Wirtschaftsmodell aber ablehnt.

Ein ähnliches Bild ergibt sich beim Sozialstaatsthema: Moon Jae-In und das liberal-progressive Spektrum setzen sich für einen universalen Wohlfahrtsstaat ein, der vor allem im Gesundheitsbereich jenseits einer sozialverträglichen Eigenbeteiligung die wesentlichen Lebensrisiken abdeckt und sukzessive ausgebaut werden soll. Frau Park dagegen steht für einen nur selektiven Ausbau des Wohlfahrtsstaats, orientiert an altersspezifischen Lebenslagen und im Gesundheitsbereich reduziert auf die vier wichtigsten Krankheitsformen. Auch hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Einhegung privater Bildungsausgaben vertritt Moon Jae-In einen deutlich weitergehenden Ansatz als Frau Park.

Ein unabhängiger Kandidat macht den Wahlkampf spannend

Der Wahlkampf sah zunächst nach einer klassisch-polarisierten Auseinandersetzung zwischen den konservativen und liberaldemokratisch-progressiven Kräften aus, geradezu idealtypisch verkörpert von Park Geun-Hye und Moon Jae-In. Wirklich spannend wurde es erst, als der unabhängige Kandidat Ahn Cheol-Soo seine Präsidentschaftskandidatur erklärte. Spekuliert wurde dies seit über einem Jahr. Ahn verkörpert als sozial verantwortlicher Software-Unternehmer, Technik-Freak und erfolgreicher Wissenschaftler an der besten Universität des Landes, der *Seoul National University*, die Ideale und Aspirationen der jungen Menschen im Land. Gleichzeitig setzt er sich aufgrund seiner Authentizität und seines als ehrlich empfundenen Interesses für konkrete soziale und wirtschaftliche Missstände der koreanischen Gesellschaft von den überwiegend machttaktisch agierenden etablierten Parteien und Politikern ab. Hiervon fühlen sich insbesondere jüngere parteiunverbundene Wechselwähler angesprochen. Ahns politische Überzeugungen bleiben zwar ungenau, er neigt aber dem liberalen Lager zu.

Ahns Kandidatur forderte vor allem das liberale Lager um Moon Jae-In heraus, denn von vornherein war klar, dass Park Geun-Hye gewinnen würde, wenn alle drei Kandidaten antreten aufgrund des Stimmensplittings im liberalen Lager. Es musste also eine Einigung zwischen Moon und Ahn her. Ahn zierte sich lange, ließ sich aber Ende November, also nur wenige Wochen vor dem Wahltermin, auf Verhandlungen mit Moon über eine Einheitskandidatur ein. Dies wirkte sich zunächst positiv auf das liberale Lager aus, weil das Interesse an dem Prozess und auch den Inhalten der beiden Kandidaten zunahm. Letztlich scheiterten aber die Einigungsverhandlungen,

und Ahn gab seine Kandidatur entnervt auf. Dies bestätigte aus der Sicht vieler jüngerer Wähler und parteiverdrossener Wechselwähler den innerparteilichen Reformunwillen der Oppositionspartei DUP. Auch wenn Ahn sich schließlich doch noch zu einer aktiven Unterstützung für Moon entschloss, um einen Sieg Park Geun-Hyes zu verhindern, haben sich offensichtlich viele Wechselwähler für sie und gegen Moon entschieden.

Insgesamt war der Wahlkampf auch im Vergleich zum Parlamentswahlkampf von einer zwar nach wie vor unbefriedigenden, dennoch aber stärkeren Themenorientierung sowie Konkretisierung der Wahlversprechen geprägt. Bis auf die Endphase des Wahlkampfs hielt sich im Übrigen das *negative campaigning* in Grenzen.

4. Analyse des Wahlergebnisses: Professionelle Regierungspartei, nicht überzeugende Opposition

Der Wahlsieg von Frau Park bzw. die Niederlage der Opposition ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. Mit Blick auf die Wahlkampfstrategie und Kampagnenführung war die Regierungspartei der Opposition wie schon bei den Parlamentswahlen bzgl. Professionalität und Strategiefähigkeit überlegen. Dies gilt sowohl für handwerkliche Elemente wie Medienwirksamkeit, Wahlkampflogans und Sichtbarkeit als auch für die strategische Einbindung ehemaliger politischer Gegner in Parks Wahlkampfteam. So ist es ihr gelungen, ehemalige prominente Unterstützer des früheren liberalen Präsidenten Kim Dae-Jung, den ihr Vater noch hatte ermorden lassen wollen, als Unterstützer zu gewinnen. Dies dürfte ihr einige mitentscheidende Prozentpunkte in der Cheolla-Region, der Heimatregion von Kim Dae-Jung, gebracht haben. Auch unter jüngeren Wählern ist Park zwar nicht sonderlich beliebt, konnte aber prozentual mehr Stimmen gewinnen als Moon bei älteren Wählergruppen. Gerade in der ersten Phase des Wahlkampfs machte Frau Park darüber hinaus mit einigen Wahlversprechen bzgl. wirtschaftlicher Demokratisierung und im Sozial- und Bildungsbereich auf sich aufmerksam, die auf eine Öffnung der Konservativen gegenüber bisher von den Liberalen vertretenen Themen hindeuteten. Vieles davon hat sie allerdings im Zuge des Wahlkampfs wieder zurückgenommen und die Notwendigkeit einer „realistischen“, mit anderen Worten „finanziell vertretbaren“ Politik betont.

Der gesamten Opposition ist es dagegen nicht gelungen, einen Kandidaten zu präsentieren und einen Wahlkampf zu führen, der die massive Unzufriedenheit mit der Regierung Lee Myung-Bak aufnimmt und gleichzeitig eine klare und positive Vision von einer besseren Gesellschaft und einer besseren Zukunft verkörpert. Moon Jae-In, der als anständig und integer gilt, hat es nicht geschafft, sein Image als „zweiter Mann“ oder Wiedergänger von Roh Moo-Hyun abzulegen. Noch dazu fehlt im dessen Charisma. Darüber hinaus war das Oppositionslager gespalten: Innerhalb der DUP hat sich ein Teil der o.g. Kim Dae-Jung-Fraktion Frau Park angeschlossen, während die pro-Roh-Fraktion dominierte. Das Einigungsverfahren mit dem unabhängigen Kandidaten Ahn Cheol-Soo geriet zu einem peinlichen Geschachere, so dass es für Frau Park ein Leichtes war, die Regierungsfähigkeit der Opposition in Frage zu stellen. Die Vagheit in den politischen Versprechens Ahn Cheol-Soo hat ferner dazu beigetragen, dass er im Zuge des Wahlkampfes an Zustimmung verlor, so dass die Opposition letztlich ohne einen wirklich überzeugenden Kandidaten dastand.

Schließlich hat die konservativ dominierte Medienlandschaft zu dem bei genauerer Betrachtung falschen Eindruck beigetragen, dass sich beide Kandidaten programmatisch nur in Nuancen unterscheiden. Betrachtet man die Wahlversprechen genauer, so fällt die doch z.T. überraschend progressive Ausrichtung der Programmatik von Moon Jae-In auf, vor allem im sozialen und gesellschaftspolitischen Bereich. Frau Park setzt sich dagegen nur für eine graduelle Abkehr der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik des aktuellen Präsidenten Lee Myung-Bak ein. Aus progressiver Sicht ist es insofern bedauerlich, dass die Opposition und Moon Jae-In es nicht geschafft haben, aus den verschiedenen, durchaus nicht unambitionierten und gleichzeitig pragmatischen Politikansätzen eine übergreifende gesellschaftspolitische Botschaft zu formulieren, die lagerübergreifend Anklang findet. „Wie wollen wir leben?“ und „Was ist eine gute Gesellschaft?“ – das waren die Themen, die die Nation in den letzten Jahren bewegten, sowohl in

sozioökonomischer als auch gesellschaftspolitischer Hinsicht. Die Antworten, die das liberaldemokratische Lager dafür formuliert hat, haben nicht ausreichend überzeugen können, so dass eine Mehrheit der Wähler für ein berechenbares „Weiter so“ von Frau Park gestimmt hat.

5. Fazit und Ausblick

Kontinuität in der südkoreanischen Innen- und Außenpolitik

Auch wenn Frau Park sich bewusst von der ungeliebten Regierung ihres Parteifreundes Lee Myung-Bak absetzt sowie Erneuerung und „große nationale Einheit“ propagiert, ist sowohl innen- wie auch außenpolitisch eher Kontinuität von ihr zu erwarten. Wirtschaftlich wird sie am export- und *chaebol*-orientierten Entwicklungsmodell festhalten, das ihr Vater begründet hat. Im sozialpolitischen Bereich wird es einen graduellen Ausbau des Sozialstaats geben, der aber die wesentlichen strukturellen sozioökonomischen Probleme nicht beheben wird. Gleiches gilt für die Arbeitsbeziehungen und die Rolle der Gewerkschaften. Gesellschaftlich hätte Frau Park die große Chance, sich als Präsidentin für eine offene und ehrliche Auseinandersetzung mit der Militärdiktatur und der Rolle ihres Vaters einzusetzen, um so einen großen Beitrag zur Versöhnung der immer noch ideologisch stark gespaltenen koreanischen Gesellschaft zu leisten. Es ist jedoch fraglich, dass dies passiert. Gleiches gilt für die Außenpolitik und das Verhältnis zu Nordkorea: Zwar hat sich auch Park Geun-Hye kritisch über die konfrontative Politik der aktuellen Regierung gegenüber Nordkorea geäußert und sich für eine „*trustpolitik*“ sowie die Wiederaufnahme unkonditionierter humanitärer Hilfe ausgesprochen. Die Neuauflage einer – reformierten – Sonnenscheinpolitik ist von ihr aber nicht zu erwarten, zumal sie die enge Anbindung Südkoreas an die USA betont. Auch hier gilt jedoch, dass Frau Park es in der Hand hätte, als konservative Politikerin eine neue Form der Annäherungs- und Verständigungspolitik gegenüber Nordkorea zu begründen, um so dauerhaft das südkoreanische Wechselspiel aus Verständigung und Konfrontation gegenüber Nordkorea zu beenden.

Opposition: Unklare Zukunft, inhaltliche, personelle und organisatorische Reformen überfällig

In der liberaldemokratischen Opposition dürfte nun zunächst eine Phase der Schuldzuweisungen, Selbstfindung und anschließenden Wiederaufbaus beginnen. Dies könnte auch mit einer Spaltung und/oder Neugründung der DUP einhergehen. Darüber hinaus wird damit gerechnet, dass Ahn Cheol-Soo entweder eine eigene Partei gründet oder sich einer nach seinen Vorstellungen reformierten großen Oppositionspartei anschließt. Letztlich wird sich auch die DUP überlegen müssen, in welche Richtung sie sich angesichts des z.T. progressiven Diskurses zu Fragen von wirtschaftlicher Demokratisierung und Ausbau des Sozialstaats weiterentwickeln will. Bleibt sie, wie sie ist, wird sie sich des Vorwurfs der Verwechselbarkeit mit den Konservativen nur bedingt erwehren können. Entwickelt sie sich stärker in eine progressive Richtung, also zumindest implizit in Richtung der moderaten westeuropäischen Sozialdemokratie, könnte sie bei vielen Themen Diskurshoheit erringen. Ein solcher Prozess müsste aber transparent, partizipativ und strategisch versiert erfolgen – gerade diese Eigenschaften wurden jedoch in den diesjährigen Wahlkämpfen vermisst.

Wahl von Frau Park ein Rückschritt für die südkoreanische Demokratie?

Für viele progressive Koreaner, Demokratieaktivisten und Mitglieder der progressiven Zivilgesellschaft ist die Wahl von Park Geun-Hye als Tochter des Militärdiktators Park Chung-Hee ein schwerer Schlag. Sie befürchten, dass Kräfte des alten, undemokratischen Militärregimes, die nach wie vor zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Elite gehören, politische Schlüsselpositionen besetzen könnten, zumindest im Hintergrund. Dies auch mit Blick darauf, dass bürgerliche Rechte und Freiheitsrechte bereits unter der Regierung von Präsident Lee Myung-Bak gelitten haben und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit zumindest staatlicherseits zum Erliegen kam.

Fakt ist, dass Frau Park in freien und demokratischen Wahlen zur Präsidentin Südkoreas gewählt wurde und sich in ihrer bisherigen parteipolitischen Karriere jenseits der üblichen Machtpolitik

keine undemokratischen Handlungen hat zuschulden kommen lassen. Sie wird wissen, dass sie hinsichtlich des demokratischen Gehalts ihrer Politik innerhalb Südkoreas unter besonderer Beobachtung steht. Darüber hinaus tut die frei und demokratisch verfasste Welt – auch Deutschland – gut daran, in Zukunft genauer hinsichtlich der demokratischen Entwicklung Südkoreas hinzusehen, als dies in den vergangenen fünf Jahren der Fall war. Schließlich haben Deutschland und Europa ein Interesse daran, dass die Erfolgsgeschichte demokratischer Transformation und Konsolidierung in Südkorea dauerhaft gelingt.

Über den Autor

Christoph Pohlmann ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Südkorea.

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung
Korea Office
Rm. 1101, 88 Yulgok-ro,
Jongno-gu,
Seoul, 110-742
Republic of Korea

Verantwortlich:
Christoph Pohlmann

Tel.: +82-2-745-2648/9
Fax: +82-2-745-6684
www.fes-korea.org